



Die Angst vor dem Glyphosat-Entzug

Die EU streitet um die Zulassung von «Round Up». Der Unkrautvernichter ist auch in der Schweizer Landwirtschaft omnipräsent.

von Remo Hess

Gegen das Spritzmittel «Round Up» ist im wahrsten Sinne kein Kraut gewachsen. Deshalb lieben es die Bauern. Über das Blatt dringt der darin enthaltene Stoff Glyphosat in die Pflanzenwurzel ein und entfaltet dort seine Wirkung. Das Unkraut stirbt ab und kommt nicht wieder. «Round Up» ist so effizient, dass es seit Jahrzehnten der unangefochtene Marktführer bei den Herbiziden ist. Und dann ist es auch noch billig. Alleine in der Schweiz werden jährlich rund 300 Tonnen ausgebracht. Weltweit macht die Herstellerfirma Monsanto mit «Round Up» über fünf Milliarden Dollar Umsatz. Doch in ein paar Wochen läuft die EU-Zulassung für das Mittel ab. Seit Monaten tobt ein erbitterter Streit darüber, ob sie verlängert werden soll. Der Grund: Glyphosat ist möglicherweise krebserregend, wie die Weltgesundheitsorganisation WHO in einer Studie schreibt. Seit herausgefunden wurde, dass Glyphosat-Rückstände in zahlreichen Lebensmitteln wie Kartoffeln, Brot oder Bier und nach dem Verzehr derselben auch im Urin nachgewiesen werden können, laufen Umwelt- und Konsumentenorganisationen Sturm gegen das Wundermittel.

Zurück an die Kommission

Nun stimmt am Donnerstag in Brüssel der zuständige Ausschuss aus Vertre-

tern der EU-Mitgliedsstaaten ab, ob Glyphosat seine Zulassung vorläufig behalten darf. Dass es dafür eine Mehrheit gibt, kann bezweifelt werden. Frankreich, Holland und Italien haben angekündigt, mit Nein zu stimmen. Deutschland wird sich wohl wegen Uneinigkeit in der Koalition zwischen SPD und CDU der Stimme enthalten. Das Abstimmungsprozedere sieht vor, dass das Geschäft zurück an die Kommission geht, wenn keine Mehrheit für eine Verlängerung erreicht wird. Die Kommission kann dann in alleiniger Kompetenz entscheiden, wie es weitergehen soll.

Für den Grünen EU-Parlamentarier Martin Häusling aus Deutschland ist klar, was dann passieren müsste: «Die Kommission muss ein Anwendungsverbot beschliessen.» Häusling: «Wenn die WHO sagt, dass Glyphosat 'wahrscheinlich krebserregend' sei, dann muss die Kommission das ernst nehmen.» In Europa gelte das Vorsorgeprinzip, was heisse: «Bei einem Verdacht auf Gesundheitsschäden wird das Mittel verboten.» Im Mindesten aber müsse die Kommission die Einschränkungen übernehmen, die das EU-Parlament zur Glyphosat-Zulassung Mitte April angefügt hat. Demnach soll immer auf Glyphosat verzichtet werden, wenn andere Lösungen wie

eine mechanische Unkrautvernichtung möglich sind.

Strengere Auflagen in der Schweiz

Ein allfälliges Verbot von Glyphosat hätte auch Auswirkungen auf die Schweiz. Im Bundesamt für Landwirtschaft orientiert man sich stark an den Zulassungsentscheidungen in der EU. Das findet Bauernverbandspräsident Markus Ritter gerade im Fall von Glyphosat problematisch. Ritter: «Die Situation in der Schweiz und der EU kann man nur begrenzt vergleichen. Wir haben hierzulande viel strengere Auflagen.» Beispielsweise dürfen in der Schweiz Glyphosat-Mittel nicht kurz vor der Ernte ausgebracht werden, um ein gleichmässiges Abreifen, etwa von Getreide, zu gewährleisten. Allgemein sei der sorglose Umgang mit Herbiziden in der industriellen Landwirtschaft Europas «beunruhigend», so der Bio-Bauer. Trotz der marktbeherrschenden Stellung von «Round Up» würde es auch nach einem Verbot weitergehen. «Es gibt immer eine Alternative», sagt Ritter. Die Bauern seien in erster Linie darauf angewiesen, dass der Bund als Zulassungsbehörde seine Arbeit verlässlich mache und die richtigen Leitplanken setze. Ritter: «Wir sind ja keine Chemiker.» Die Gesundheit der Bauern und Konsumenten geniesse in jedem Fall höchste Priorität.